

Vermögenskonzentration und Demokratie

1. Zur Bedeutung von Vermögen	18
2. Rasanter Anstieg der Privatvermögen in den vergangenen vier Jahrzehnten bei gleichzeitig hoher Konzentration	20
3. Mögliche Ursachen des dynamischen Anstiegs der Privatvermögen	22
4. Vermögenskonzentration, Macht und Demokratie	27
5. Mögliche Maßnahmen zur Eindämmung der Vermögenskonzentration	30
6. Quo vadis?	32

*Wilfried
Altzinger*

*a.o. Univ. Prof. am
Institut für Geld- und
Finanzpolitik an der
Wirtschaftsuniversität
Wien*

Auszug aus WISO 4/2013

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
Volksgartenstraße 40
A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

“Extreme inequalities in the ownership of property are in my view undesirable quite apart from any inequalities of income they may imply. A man with much property has great bargaining strength and a great sense of security, independence and freedom; he enjoys these things not only vis-à-vis his propertyless fellow citizens but also vis-à-vis the public authorities.”

James E. Meade (1964, 38); Efficiency, Equality and the Ownership of Property.

1. Zur Bedeutung von Vermögen

*Verbesserung
des Zugangs zu
vermögensbe-
zogenen Daten*

Im vergangenen Jahrzehnt wurde insbesondere in der internationalen Literatur der Verteilung von Vermögen zunehmend mehr Bedeutung beigemessen. Während entsprechende Analysen bisher durch die mangelnde Verfügbarkeit von geeigneten Daten stark erschwert wurden, haben sich in dieser Hinsicht – insbesondere durch die jüngsten Erhebungen der Europäischen Zentralbank (ECB 2013) – beträchtliche Verbesserungen ergeben. Aktuell gewinnen die Vermögensthematik und deren wirtschaftspolitische Implikationen auch in den großen internationalen Wirtschaftsorganisationen an Relevanz (OECD 2011A, 2011B; Bonesmo Fredriksen 2012; IMF 2013).

*ökonomische
und politische
Funktion von
Vermögen*

Der Besitz von Vermögen hat vielfache ökonomische und politische Funktionen und Nutzenaspekte. Vermögensbesitzer können diesen Besitz einerseits selbst nutzen (Immobilien, Firmen-PKWs etc.) und dadurch laufende Ausgaben sparen. Sie können dieses Vermögen aber auch ökonomisch verwerten und daraus Vermögenserträge erzielen (Mieten, Dividenden, Gewinne, Zinsen etc.) und mit diesen Erträgen weiteres Vermögen aufbauen. Darüber hinaus kann Vermögen auch verschenkt oder vererbt werden. Damit kann den Nachkommen eine entsprechende Startbasis für deren weiteren Erwerbs- und Einkommensverlauf geboten werden. Insbesondere große Vermögen verleihen aber ihren Besitzern nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Macht (vgl. Abbildung1).

Abbildung 1: Die vielfältigen Funktionen von Vermögen (vgl. dazu Fessler et al. 2012)



Diese Verquickung von ökonomischer und politischer Macht hat sich aufgrund der Internationalisierung der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten frappant verstärkt (Rothschild 2005). Grund dafür ist der Bedeutungsgewinn von multinationalen Unternehmungen (MNU) auf globaler Ebene. Heute werden 2/3 des Welthandels von nur 500 MNU abgewickelt, davon wiederum rund 2/3 durch den Handel zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften. Wie viele aktuelle Beispiele zeigen, ist damit auch eine beträchtliche Ausweitung der Möglichkeiten von Steuerminimierung, Steuervermeidung sowie Steuerhinterziehung verbunden. Diese Unternehmen haben auch bei der Gestaltung von Gesetzen einen enormen Einfluss, sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene. Davis (2009) diskutiert dazu einige Beispiele: die enorm hohen Kosten von wirtschaftlichen Rechtsprozessen, die sich nur große Konzerne leisten können; die zunehmende Bedeutung der finanziellen Unterstützung von politischen Parteien; die großen Möglichkeiten, die sich durch privates Sponsoring über Stiftungen ergeben etc. Die Lobbying-Aktivitäten von gut organisierten Interessensverbänden in Brüssel (vgl. dazu Kammer für Arbeiter und Angestellte, 2011), bei der Welthandelsorganisation (WTO) oder beim US-amerikanischen Kongress (Ferguson 1995) bieten ausreichend Anschauungsmaterial für den unmittelbaren Einfluss von ökonomischen Interessen

*multinationale
Konzerne domi-
nieren Welthan-
del ...*

*... und beein-
flussen Politik,
Gesetzgebung
und Rechtspro-
zesse*

US-amerikanische Großbanken für Fiskus unangreifbar

auf die politische Entscheidungsebene. Am deutlichsten zeigt sich die Verquickung von ökonomischen Interessen und Politik an den internationalen Finanzmärkten, wo zuerst über drei Jahrzehnte eine erfolgreiche Deregulierung betrieben wurde, und dann, nach der Finanzkrise 2008, alle Versuche zur Re-Regulierung der Finanzmärkte verhindert werden konnten. So hat Obamas Justizminister Eric Holder erst im Frühjahr 2013 öffentlich eingestanden, dass die Großbanken durch ihre enorme Bedeutung für die gesamte Wirtschaft für seine Behörde praktisch unangreifbar seien.¹

Joseph Stiglitz (2012A) erklärt und beschreibt in seinem neuen Buch „The Price of Inequality: How Today’s Divided Society Endangers Our Future“ eindrucksvoll die Einkommens- und Vermögenskonzentration in den USA sowie deren Auswirkungen auf die Demokratie. In einem Interview (Stiglitz 2012B) bringt es Stiglitz folgendermaßen auf den Punkt:

“High levels of economic inequality lead to imbalances in political power as those at the top use their economic weight to shape our politics in ways that give them more economic power.”

Auswirkung von Vermögensverteilung auf Gesellschaft und Demokratie

Im Folgenden wollen wir uns der Frage von „Vermögen und Demokratie“ in vier Schritten nähern. Zunächst werden in Kap. 2 die Entwicklung der Bestände und die Konzentration der Vermögen für die vergangenen vier Jahrzehnte dargestellt. In Kap. 3 werden die wichtigsten Ursachen von Vermögensbildung sowie -übertragung diskutiert. Kap. 4 zeigt, wie aufgrund der Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Möglichkeiten zur Vermögensvermehrung und -konzentration zum Vorteil einer sehr kleinen, aber mächtigen Gruppe von ökonomischen Akteuren verändert wurden, und in Kap. 5 werden mögliche Gegenmaßnahmen diskutiert. Ein abschließendes Kap. 6 fasst zusammen und versucht zukünftige Entwicklungen abzuschätzen.

2. Rasanter Anstieg der Privatvermögen in den vergangenen vier Jahrzehnten bei gleichzeitig hoher Konzentration

Generell haben sich in allen OECD-Staaten die privaten Vermögensbestände in den vergangenen Jahrzehnten extrem dynamisch entwickelt. 2008 betragen die Relationen von privatem Nettovermögen/BIP für acht große OECD-Länder (Kanada, Finnland,

Deutschland, Italien, Japan, Schweden, UK und USA) zwischen 330% und 550% und somit ein Mehrfaches der jährlich erzeugten Güter- und Dienstleistungsmenge (Bach 2012). Für Deutschland hat sich diese Relation in den vergangenen zwei Jahrzehnten verdoppelt. Piketty und Zucman (2013) zeigen, dass sich für die USA, das UK, Deutschland, Frankreich, Japan, Italien, Australien und Kanada das Vermögen/BIP-Verhältnis in der Periode 1970–2010 verdoppelt hat. Hatte es 1970 noch 2:1 bis 3:1 ausgemacht, war es bis 2010 auf 3:1 bis 6:1 angestiegen.

Entwicklung des Verhältnisses Vermögen/BIP seit 1970 dynamisch

Neben der Entwicklung der Vermögensbestände ist aber auch die Entwicklung der Vermögensverteilung von Interesse. Davies (2009) dokumentiert deren Entwicklung für die vergangenen 100 Jahre für die vier Industrienationen USA, UK, Schweden und Frankreich. Dabei zeigt sich für alle vier Länder für die Periode 1900 bis Anfang der 1980er-Jahre ein beträchtlicher Rückgang der Vermögenskonzentration. So reduzierten sich die Anteile der Top-1% am gesamten Vermögensbestand von 60–70% zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf rund 20% Anfang der 1980er-Jahre. Diese Entwicklung liegt in der Zunahme von langlebigen Konsumgütern, dem Anstieg von Eigentumswohnungen sowie dem Wachstum von (kleinen) Ersparnissen einer zunehmend reicher werdenden Mittelschicht begründet. Während im 19. Jahrhundert der Durchschnittsbürger so gut wie kein Vermögen besaß, verbesserten sich in diesen vier prosperierenden Volkswirtschaften aufgrund der steigenden Einkommen im 20. Jahrhundert auch die Möglichkeiten zur Ersparnis- und Vermögensbildung, zumindest bei mittleren und höheren Einkommen. Diese Entwicklung änderte sich jedoch seit Ende der 1970er/Anfang der 1980er-Jahre drastisch. Bonesmo Fredriksen (2012) untersucht aktuelle Daten zur Vermögensverteilung für Kanada, Finnland, Deutschland, Italien, Japan, Schweden, das UK und die USA. Danach betragen die aktuellen Anteile der Top-10% am Gesamtvermögen zwischen 40% und 70%. Somit nähert sich die aktuelle Vermögenskonzentration wieder den Spitzenwerten zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die aktuellen Gini-Koeffizienten der Vermögensverteilung betragen zwischen 0,60 und 0,89 und sind wesentlich höher als die Gini-Koeffizienten für die Einkommensverteilung in diesen Ländern.

bis Anfang 1980 Rückgang der Vermögenskonzentration in Industrienationen ...

... ab 1980 drastische Zunahme, Spitzenwerte wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Der private Vermögensaufbau erfolgte in der Periode 1970–2010 ungleich schneller als das BIP-Wachstum, aber auch ungleich

*privater Vermögensaufbau
seit 1970
schneller als
BIP-Wachstum*

schneller als der Aufbau von öffentlichem Vermögen. Diese Diskrepanz zwischen privater und öffentlicher Vermögensentwicklung sowie die gleichzeitige Zunahme der Konzentration des privaten Vermögens ließen die direkten Einflussmöglichkeiten vom Privatvermögen auf die Politik entsprechend wachsen. In diesem Zusammenhang stellt sich unmittelbar die Frage nach den Ursachen und Gründen dieser rasanten Vermögensakkumulation sowie deren extrem ungleicher Verteilung. Diesem Thema wollen wir uns im folgenden Kapitel widmen.

3. Mögliche Ursachen des dynamischen Anstiegs der Privatvermögen

*Ursachen der
Konzentration
von Privatvermögen*

Zur Analyse der Herausbildung von Vermögen auf globaler Ebene erscheint ein Rückgriff auf den Begriff der so genannten „ursprünglichen“ Akkumulation hilfreich; „eine Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt.“ (Marx und Engels 1968, 741). Dieser von Karl Marx geprägte Begriff meint dabei zwar den historischen Scheidungsprozess von Produzent (Bauer) und Produktionsmittel (Grund und Boden) in der Landwirtschaft, der die Grundlage für die Herausbildung einer kapitalistischen Produktionsweise bildete, doch finden sich derartige Formen von „ursprünglicher“ Akkumulation auf globaler Ebene auch heute noch häufig; und zwar überall dort, wo indigene Völker aufgrund von Rohstoffvorkommen von ihrem Land weichen müssen. Kennzeichen der „ursprünglichen“ Akkumulation ist „die große Rolle der Gewalt“.

In einem weiteren Sinne kann der Begriff der „ursprünglichen“ Akkumulation aber auch auf alle Formen der Privatisierung von öffentlichem Eigentum angewendet werden. Dabei handelt es sich zwar zumeist um keinen gewaltsamen Wechsel von Eigentum, allerdings um eine sehr diffizile Form von Eigentumswechsel. Diffizil insofern, als große Privatisierungsprogramme (wie z.B. in den ehemaligen Planwirtschaftsländern nach 1989) häufig sehr „eigentümlich“ vor sich gingen. Die schier unglaublichen Vermögen von einigen wenigen Personen wie Oleg Deripaska, Roman Abramowitsch, aber auch von Carlos Slim, sollen hier nur beispielhaft genannt werden. Wie der Fall Hypo Alpe-Adria zeigt, ist jedoch auch die österreichische Wirtschaft von diesen globalen Entwicklungen nicht ausgeschlossen. Ein Interview mit

Christian Böhler², der seit 2010 die Kriminaltechnische-Abteilung der notverstaatlichten Hypo Alpe-Adria leitet, legt dafür beredtes Zeugnis ab. Auf die Frage, ob die Hypo Alpe-Adria eine kriminelle Organisation sei, meinte Christian Böhler:

„Nicht die Hypo, aber ihre wesentlichen Player. Von ihnen war jeder geil darauf, zu partizipieren – aber niemand wollte antizipieren, welche Folgen es hat, wenn man mit üblen Typen Geschäfte macht. Die Hypo ist nach dem Jugoslawien-Krieg vor allem in Südosteuropa rasant gewachsen. Dort hat sie oft mit Schwerstkriminellen, Geheimdienstlern, Militaristen, hochrangigen, bestechlichen Politikern kooperiert. Kleine Provinzbanker, die sich mit solchen Leuten ins Bett legen, müssen mit Problemen rechnen. ... Aus unseren Ermittlungen ergibt sich, dass die Bank in Südosteuropa Beamte bestochen hat, damit, zum Beispiel, die dortige Aufsicht nicht tätig wird. In Österreich war die Hypo in der Boomphase der Banken nicht im Fokus. Es ging darum, Geld zu machen, den Umsatz zu steigern und Boni zu kassieren. An Nachhaltigkeit hat niemand gedacht. Sie haben Millionen in Steinhäufen investiert, und die Steinhäufen sind heute noch Steinhäufen. Pfeif-mir-nichts-Kapitalismus plus Gier plus kriminelle Energie: Das war die Hypo.“

Causa Hypo
Alpe-Adria

Diese Form der Aneignung von ehemals staatlichem Eigentum bezeichne ich als „ursprüngliche“ Akkumulation des 20. und 21. Jahrhunderts. Wie dieses Interview zeigt, sind die in den Euphorie-Jahren der Vor-Krisenzeit 2008 entstandenen neuen „Wertehaltungen“, die die Geschäftspraktiken so mancher Unternehmen bestimm(t)en, nicht nur extrem risikobehaftet, sondern können mittelfristig auch die für jedes Wirtschaftssystem konstitutive Vertrauensbasis nachhaltig erschüttern. Die Vorgänge rund um die Hypo Alpe-Adria waren dabei keine Einzelfälle. Die zahlreichen Privatisierungen und dubiosen Geschäftsvorgänge (Telekom, Buwog, Novomatic, Terminal Tower Linz, BAWAG) unter der blau-schwarzen Regierung 2000–2006 zogen eine Lawine von Wirtschaftsprozessen nach sich, welche zumeist noch nicht abgeschlossen sind. Seit Mitte der 1990er-Jahre steigen in Österreich die mit Wirtschaftskriminalität verbundenen Verfahren stark an.³

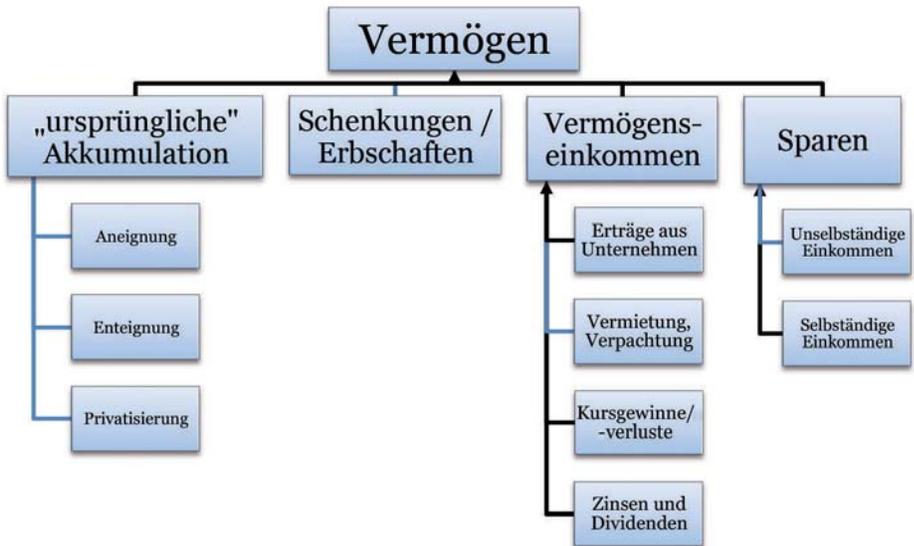
Privatisierung
und dubiose Ge-
schäftsvorgänge

Neben dieser Form der „ursprünglichen“ Akkumulation kann in industrialisierten Ländern die legale Bildung von Vermögen prinzipiell über drei weitere Wege entstehen: durch Ersparnisse

aus Arbeitseinkommen, durch Ersparnisse und Investitionen aus Kapitaleinkommen sowie durch Vermögensübertragungen, sprich Erbschaften und Schenkungen (vgl. Abbildung 2).

Da Sparmöglichkeiten immer abhängig sind von der Höhe der Arbeits- und Kapitaleinkommen, ist es naheliegend, dass hohe Einkommen mehr Sparmöglichkeiten eröffnen als niedrige. Während die Bezieher niedriger Einkommen den überwiegenden Teil ihrer Einkommen für Konsumgüter ausgeben (müssen), können Hocheinkommensbezieher auch einen größeren Teil ihrer Einkommen sparen. Dementsprechend unterscheiden sich Spar- und Konsumquoten nach Einkommensdezilen deutlich. In den unteren Einkommen beträgt die Konsumquote knapp 100%, während sie in den oberen Einkommensklassen auf bis zu 60% sinkt. Der Rest wird gespart, also veranlagt. Nur dadurch kann Vermögen aufgebaut werden. Es ist evident, dass Vermögensaufbau stark vom laufenden Einkommen abhängt und dem durchschnittlichen Einkommensbezieher in dieser Hinsicht rasch Grenzen gesetzt sind. Da jedoch die Einkommensentwicklung in den vergangenen vier Jahrzehnten stark durch den Einkommensanstieg des Top-1% bestimmt war, ist dadurch auch die Vermögensbildung und -konzentration gefördert worden (Atkinson 2006; Atkinson et al. 2011; Alvaredo et al. 2013).

Abbildung 2: Vermögensentstehung und Vermögensaufbau



Einzelne Haushalte und Personen können aber nicht nur aus (unselbständiger und selbständiger) Erwerbstätigkeit, sondern auch mithilfe ihres Sach- (Grund und Boden, Immobilien, Unternehmenseigentum) und Finanzvermögens (Girokonten, Spareinlagen, Bausparverträge, Lebensversicherung, Investmentfonds, Anleihen, Aktien etc.) Erträge erzielen. Je nach der „Erstausstattung“ (Erbschaften und Schenkungen) sind die Startchancen für Individuen sehr unterschiedlich. Da Erbschaften und Schenkungen sehr ungleich verteilt sind (Andreasch et al. 2012), diese aber im Durchschnitt 1/3 des Gesamtvermögens ausmachen, ergeben sich dadurch auch außerordentlich ungleiche Startchancen für Haushalte und Individuen.

*Erwerbstätigkeit,
Sachvermögen,
Finanzvermögen,
Erbschaften,
Schenkungen*

Mittels der neuen Vermögensdaten der EZB (ECB 2013) können erstmals Einkommens- und Vermögensverhältnisse gemeinsam untersucht werden. Dabei findet man sowohl für Österreich als auch für Deutschland, dass diese beiden Größen stark positiv korreliert sind (Fessler et al. 2012; Deutsche Bundesbank 2013). Für Österreich zeigt sich, dass mehr als 90% aller Haushalte, die im 5. Vermögensquintil sind, auch bei den Einkommen im obersten Quintil platziert sind. Für Deutschland zeigt sich, dass das Bruttovermögen im 1. Quintil der Bruttoeinkommen 47.020 Euro ausmacht, während dieses im 5. Quintil mit 783.2720 bereits das 17-Fache ausmacht. Diese Daten zeigen für beide Länder, dass zwischen hohen/niedrigen Einkommen und hohen/niedrigen Vermögen ein stark positiver Zusammenhang besteht. Somit schließen sich die positiven wie negativen Rückkoppelungseffekte abermals. Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang nochmals James Meade (1976, 155f.) aus seinem Buch „The Just Economy“ zu zitieren:

*Einkommen ist
nicht gleich Ver-
mögen, aber ...*

“Another example concerns the accumulation of property. A man who for any reason of good fortune has a high income can save and accumulate a large property. But with a large property he has a high income from property and thus a still higher income. Nor is that the end of the matter; with a high property he can probably get a high yield on his property, partly because a large property can be more cheaply and effectively managed than a small property and partly because a man of wealth will be better able to make the sort of social contacts which will enable him to invest his property profitably. Thus the yield of his property, as well as his property itself, will be raised simply because his initial fortune was good.”

*... Einkommen
und Vermögen
stehen in einem
positiven
Zusammenhang*

Ungleich- verteilung von Erbschaften

Wie ungleich die Verteilung von Erbschaften ist, zeigt uns die aktuelle Studie der Österreichischen Nationalbank zur Vermögensverteilung (Fessler et al. 2012). Dabei sieht man, dass die Partizipationsrate von Erbschaften in den oberen Vermögensquintilen klar ansteigt. Während im 1. Quintil lediglich 9,6% aller Haushalte eine Erbschaft bezogen, beträgt dieser Anteil im obersten Quintil 65%. Zusätzlich zur höheren Wahrscheinlichkeit einer Erbschaft steigt aber auch der absolute Betrag des Erbvolumens. In der unteren Vermögenshälfte war hingegen die Erbmasse so gering, dass diese Volumina nicht nur nicht zur weiteren Vermögensbildung verwendet werden konnten, sondern vielfach aufgebraucht wurden bzw. werden mussten.

Erbschaften zwischen „Notgroschen“ und Vermehrung des Gesamt- vermögens

Geerbtes Vermögen erfüllt somit je nach Höhe der Erbschaft sehr unterschiedliche Funktionen. In den unteren Quintilen dient es vor allem als „Notgroschen“, während es in den höheren Quintilen zur Vermehrung des Gesamtvermögens genutzt wird. Dort finden sich sowohl hohe Vermögen als auch hohe Einkommen. Es ist auch hier offensichtlich, dass sich positive wie negative Rückkopplungen gegenseitig verstärken. Es ist daher nicht überraschend, dass liberale Ökonomen wie John Stuart Mill (1852) bereits vor über 150 Jahren für eine hohe und progressive Besteuerung von diesen „leistungslosen Einkommen“ eingetreten sind:

“... but there is no injustice in taxing persons who have not acquired what they have by their own exertions, but have had it bestowed them in free gift; and there are no reasons of justice or policy against taxing enormously large inheritances more highly than smaller inheritances.”

Zusammenfassend lassen sich vier wichtige Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens, die privaten Vermögen haben sich in den vergangenen vier Jahrzehnten weltweit enorm erhöht. In diesen 40 Jahren sind die Privatvermögen doppelt so stark gestiegen wie das BIP. Die Gründe dafür sind vielfältig: hohe Vermögenserträge durch entsprechende Regulierung der Marktbedingungen sowie durch Verringerung der steuerlichen Abgaben; Verringerung der steuerlichen Abgaben bei Vermögensübertragungen; bedeutende, aber sehr umstrittene Privatisierungsprogramme sowie die Deregulierung der Finanzmärkte.

Zweitens, die Verteilung der Vermögen ist generell wesentlich ungleicher als jene der Einkommen. Die Gini-Koeffizienten weisen für Österreich und Deutschland Werte von 0,73 bzw. 0,72 aus. Vergleichbare Werte für die Brutto-Einkommensverteilung der Unselbständigen betragen für beide Länder 0,42. Die Vermögenskonzentration ist somit sehr hoch; und dies, obwohl in den Daten der EZB kein einziger Milliardär erfasst ist und die Daten daher das wahre Bild der Vermögensverteilung unterzeichnen.

Verteilung von Vermögen weltweit ungleicher als Einkommen

Drittens, Vermögen und Einkommen sind hoch positiv korreliert. Hohe Vermögen und hohe Einkommen treffen sich genauso häufig wie niedrige Einkommen ohne Vermögen. Somit zeigen sich positiv wie negativ verstärkende Rückkoppelungen. Es entstehen *vicious* und *virtuous circles*!

Viertens, der Anteil des ererbten Vermögens mit knapp einem Drittel des Gesamtvermögens ist sehr hoch, wodurch äußerst unterschiedliche Startchancen für den weiteren Einkommens- und Erwerbsverlauf von Individuen gegeben sind. Wird die Übertragung des Vermögens in Zukunft weiterhin ohne oder mit nur geringer Erbschaftssteuer vorgenommen, so verstärken sich die Ungleichheiten und somit würde sich auch die Chancenungleichheit von Individuen verstärken.

Anteil des ererbten Vermögens am Gesamtvermögen ca. ein Drittel

4. Vermögenskonzentration, Macht und Demokratie

Um die Auswirkungen von Vermögenskonzentration auf die demokratische Grundstruktur einer Gesellschaft zu diskutieren, ist es sinnvoll, zumindest zwei Bereiche voneinander zu unterscheiden: Einerseits, so die Hypothese, ermöglicht die Vermögenskonzentration selbst einen unmittelbaren Einfluss auf die Gestaltungsmöglichkeiten von Marktbedingungen, welche wiederum die Erzielung und Verteilung von Primäreinkommen bestimmen. Andererseits wird aber auch die Gestaltung der Sekundärverteilung (über Steuern, Transfers und Subventionen) selbst durch die Vermögensverteilung bestimmt, da große Interessensverbände, entsprechend ihrer ökonomischen Macht, auch auf die Gestaltung und Verabschiedung von Gesetzesvorlagen Einfluss nehmen können. Es wäre daher unzureichend, wenn man sich bei der Entwicklung von Handlungsalternativen auf steuerpolitische Optionen alleine beschränken würde. Die

hohe Vermögenskonzentration heißt, Einfluss auf Marktbedingungen nehmen zu können

Regulierung von Märkten wird zentral durch die Gestaltung der gesetzlichen Regeln bestimmt.

Adam Smith schrieb in seinem Opus Magnum „The Wealth of Nations“ dazu folgenden interessanten Kommentar:

„Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zur Zerstreung, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann.“

Adam Smith 1776 (2009), S. 112

„Sauschädel-
essen“ und
„Jagdausflüge“

Beim Lesen dieser Zeilen wird die/der kundige Österreicher/in unverzüglich an Christian Konrads „Sauschädelessen“ oder an Mensdorff-Pouillys „Jagdausflüge“ erinnert. Märkte bilden sich nicht von selbst und bringen nicht von sich aus effiziente oder „wünschenswerte“ Ergebnisse zustande, sondern Märkte werden gestaltet; gestaltet durch den Staat und die zentralen Interessensverbände, insbesondere durch Interessenverbände der Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmerseite, aber auch durch NGOs.

Machtbedingun-
gen in klassisch-
ökonomischer
Theorie kaum
berücksichtigt

In der traditionell-klassischen ökonomischen Theorie wird kaum analysiert, welchen Einfluss Machtfaktoren selbst auf die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Rechtsordnung, Marktbedingungen, Zielvorstellungen, Einkommens- und Vermögensverteilung etc.) haben und somit den Preisbildungsprozess essentiell mitbestimmen. Rothschild (2002, 433) beschreibt die Wirkung von ökonomischer Macht auf die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik folgendermaßen:

“But many power phenomena reaching beyond the immediate price formation processes are connected with the economic sphere. Power can be and is used in fighting for profitable positions in the market and for maintaining them, for influencing the framework which determines the working of market mechanisms, and power is also important as an aim of economic activity.”

Joseph Stiglitz (2012A, 73ff.) erklärt in seinem jüngsten Buch den zunehmenden Einfluss von mächtigen ökonomischen Interessen auf

die Politik sehr ausführlich. Unter dem Begriff „rent-seeking“ fasst Stiglitz jene wirtschaftlichen Transaktionen zusammen, die zwar keine Wachstums- und Beschäftigungseffekte bzw. Wertschöpfung bewirken, jedoch Verteilungseffekte zugunsten gewisser Gruppen nach sich ziehen. Dabei gehen die Verteilungsgewinne der diversen Lobbyisten immer auf Kosten des öffentlichen Budgets und erzeugen damit aus volkswirtschaftlicher Sicht unerwünschte Marktergebnisse. Stiglitz nennt dabei folgende Maßnahmen, welche den Wettbewerb einschränken: unzureichende Wettbewerbsaufsicht; Aneignung von Staatsvermögen unterhalb von Marktpreisen; die staatliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu überhöhten Marktpreisen (insbesondere in der Rüstungsproduktion); verdeckte und offene staatliche Transferzahlungen sowie Subventionen und nicht zuletzt die hohe Machtkonzentration im Bankensektor. In einem Interview fasst Stiglitz (2012B) das Phänomen „rent-seeking“ wie folgt zusammen:

*„rent-seeking“
immer weiter
steigend*

*Verringerung
der Chancen-
gleichheit*

“At the top [of the income scale], a lot of the inequality arises out of efforts that people take to get a larger share of the pie rather than to increase the size of the pie. As you know, economists call it ‚rent seeking.‘ What they’re doing is moving money from the bottom to the top. But they’re not creating wealth; they’re just shifting wealth around. And the people who have been exploited are not better off; in fact, they’re worse off.”

Die damit verbundenen politischen Probleme hinsichtlich der Glaubwürdigkeit eines parlamentarischen Systems sind evident. Aufgrund der steigenden privaten Vermögen bei gleichzeitig hoher Konzentration nimmt der Einfluss der ökonomischen Elite auf die nationalen wie internationalen politischen Entscheidungsträger zu. Dadurch gelingt es diesen Gruppen zunehmend, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in ihrem Interesse zu gestalten. Somit findet auch ein sukzessiver Umbau wohlfahrtsstaatlicher Grundinstitutionen statt. Mit diesen Entwicklungen verbunden ist jedoch auch eine Verringerung der Chancengleichheit, da die Vererbung von Vermögen, Bildung und sozialen Kontakten wieder eine stärkere Bedeutung bekommt. Wie aktuelle empirische Befunde zeigen, verfestigt sich mit zunehmender Ungleichheit auch die intergenerationelle Persistenz (Corak 2013; Heckman 2013). Die damit einhergehende Perpetuierung der ökonomischen und sozialen Ungleichheiten erhöht die Gefahr von sozialen und politischen

politisches Problem der Glaubwürdigkeit

Spannungen. Die OECD beschreibt dies in ihrem Bericht „Why Inequality Keeps Rising?“ (OECD 2012A, 40) folgendermaßen:

“Rising income inequality creates economic, social and political challenges ... Intergenerational earnings mobility is low in countries with high inequality ... The resulting inequality of opportunity will inevitably impact economic performance as a whole, even if the relationship is not straightforward. Inequality also raises political challenges because it breeds social resentment and generates political instability.”

5. Mögliche Maßnahmen zur Eindämmung der Vermögenskonzentration

*Gegenstrategien
zur Macht-
konzentration*

Somit wird es aber auch notwendig, dass man sich abschließend der (nicht unkomplizierten) Frage stellt, was gegen die zunehmende Vermögens- und Machtkonzentration unternommen werden kann. Die Aufzählung möglicher Maßnahmen zur Eindämmung der steigenden Vermögensungleichheit soll hier jedoch auf nicht-steuerliche Maßnahmen beschränkt werden, da erstens steuerliche Maßnahmen an anderer Stelle ausführlich beschrieben und diskutiert werden (Schratzenstaller 2011, 2013; IMF 2013) und zweitens die für Österreich aktuell wichtigsten Forderungen sehr klar sind: Die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie die Anpassung der Einheitswerte an jene der Verkehrswerte als Bemessungsgrundlage für Grund-, Erbschafts- und Schenkungssteuer. Da diese beiden Maßnahmen weder negative Auswirkungen auf Wachstum noch auf Beschäftigung ausüben, aber zu höherer Gerechtigkeit und Entschärfung der Vermögensungleichheiten beitragen, werden diese Maßnahmen seit geraumer Zeit auch von OECD (Bonesmo Fredriksen 2012) und IMF (IMF 2013) vorgeschlagen.

*mehr Trans-
parenz und
Kontrolle im
Wirtschafts-
prozess*

Einer der zentralen Ansatzpunkte auf nicht-steuerlicher Ebene ist, dass im gesamten Wirtschaftsprozess für stärkere Transparenz und Kontrolle gesorgt werden müsste. Die Aufhebung des Bankgeheimnisses wäre dabei eine zentrale Maßnahme, welche nicht nur zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen würde, sondern auch zu erheblichen budgetären Mehreinnahmen.

Um Fälle von Umgehung und Hintergehung von Gesetzen zu minimieren, müsste auch der gesamte Prozess der Bekämpfung

von Wirtschaftskriminalität gestärkt werden. Insbesondere die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft benötigt dringend eine finanzielle wie personelle Aufstockung (Soyer 2013). Aktuelle Wirtschaftsprozesse vermitteln oft den Eindruck, dass mit ausreichender finanzieller Ausstattung der Verteidigung ein Wirtschaftsprozess so sehr in die Länge gezogen werden kann, dass Qualitätsverluste bei Beweismitteln (z.B. Erinnerungsvermögen bei Zeugen) unverwendbar werden.

Auf internationaler Ebene wird mit legalen und halb-legalen Mitteln Steuervermeidung und -hinterziehung in enormem Umfang betrieben. Eine Untersuchung von James Henry (2012) von „Tax Justice Network“⁴ schätzt das finanzielle Vermögen, welches in Offshore-Zentren angelegt ist, für 2010 auf einen Wert von US \$ 21 bis US \$ 32 Billionen. Dabei zeigt sich auch ohne, viel mehr aber noch unter Berücksichtigung dieser Offshore-Vermögen eine enorme Konzentration. Verantwortlich für diese Umstände sind nach James Henry jedoch nicht die entsprechenden Steueroasen, sondern eine Gruppe von ganz wenigen, aber enorm mächtigen „global players“, welche aus Banken, Wirtschaftsjuristen, Wirtschaftsprüfern, Lobbyisten und PR-Fachleuten besteht, deren Hauptsitze in New York, London, Genf, Frankfurt und Singapur liegen. Auch der aktuell veröffentlichte „Financial Secrecy Index“ von Tax Justice Network verdeutlicht diese Thematik. Der Index listet auf globaler Ebene alle Finanzzentren nach dem Grad ihrer Geheimhaltung und ihrem Anteil am Weltmarkt für grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen auf. Strenge Bankgeheimnisse (wie in Österreich, Luxemburg oder der Schweiz), intransparente Eigentümerstrukturen bei Trusts, Treuhandschaften oder Stiftungen sowie mangelnde Kooperation der Behörden kennzeichnen die Problemgebiete des internationalen Finanzsystems. Bemerkenswert, wenn auch nicht überraschend, ist dabei, dass in diesem Ranking 13 der Top-21 Länder OECD-Staaten sind (oder Territorien, welche wie die Cayman Islands, Jersey, Bermuda und Guernsey in direkter Abhängigkeit zu einem OECD-Staat stehen und von dort aus kontrolliert und gesteuert werden). An erster und zweiter Stelle liegen dabei die Schweiz und Luxemburg, aber auch Deutschland, die USA und Japan rangieren unter den Top-10. Österreich liegt aufgrund der hohen Intransparenz des Kapitalverkehrs (Stichwort „Bankgeheimnis“) auf Rang 18 von 82 aufgelisteten Ländern. Dieses Ranking kommt jedoch nur aufgrund des geringen Anteils Österreichs an

legale und halb-legale Mittel zur Steuerhinterziehung

Bankengeheimnis und intransparente Eigentumsstrukturen

Intransparenz des Kapitalverkehrs

den globalen grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen zustande. Würde sich das Ranking auf die EU beschränken, so würde Österreich nach der Schweiz, Luxemburg und Deutschland bereits auf Rang vier zu finden sein.

6. Quo vadis?

Weltweit, aber auch in Österreich, hat in den vergangenen Jahrzehnten eine enorme Vermehrung der privaten Vermögen bei gleichzeitigem Anstieg der Vermögenskonzentration stattgefunden. Diese Entwicklung wurde ermöglicht und unterstützt durch Deregulierungen von Güter- und Finanzmärkten, durch umfangreiche Privatisierungen, durch steuerliche Entlastungen von Kapital- und Hochlohneinkommen sowie von Erbschaften und Schenkungen und durch die im Zuge der Globalisierung verstärkte Nutzung und Schaffung von Steuervermeidungs- und Steuerhinterziehungsmöglichkeiten. Dabei spielt eine kleine Gruppe von enorm mächtigen Banken, Wirtschaftsjuristen, Wirtschaftsprüfern und Lobbyisten sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eine außergewöhnliche Rolle. Die US-amerikanische Großbank JP Morgan bildet dafür ein Musterbeispiel.⁵ Die Bank mit weltweit über 250.000 Beschäftigten hat sich im Oktober 2013 auf eine Strafzahlung von 13 Mrd. Dollar wegen irreführender Praktiken im Hypothekengeschäft geeinigt; eine Pönale, welche in ihrem Umfang zwar einmalig ist, welche aber in Relation zum Gewinn von 2012 in der Höhe von 21 Mrd. Dollar nicht wirklich dramatisch ist.⁶

*Perspektiven
der Vermögens-
verteilung und
-besteuerung*

*Vertrauensver-
lust in demo-
kratische
Institutionen*

Es lassen sich in diesem Zusammenhang auch zahlreiche Beispiele aus der europäischen und österreichischen Wirtschaft aufzählen, bei denen „eigenartige“ Finanztransfers zu großen Vermögensanhäufungen und -konzentrationen beigetragen haben. All diesen Vorgängen ist gemein, dass sie sich in einem äußerst intransparenten Rahmen bewegen. Intransparenz ist geradezu Voraussetzung zur Erzielung von außerordentlichen Erträgen, welche jedoch nicht selten auch ein gerichtliches Nachspiel (mit leider nicht immer großem Erfolg) haben. Damit verbunden ist sowohl bei den wirtschaftlichen Akteuren als auch bei breiten Teilen der Wählerschaft ein Vertrauensverlust in die herrschenden Institutionen. Ein derartiger Vertrauensverlust untergräbt jedoch deren Regelungs- und Steuerungsmöglichkeiten und kann somit

zur weiteren Verstärkung von halb- oder illegalen ökonomischen Transaktionen beitragen. Warum sollte ein „Normalbürger oder -unternehmen“ noch Steuern zahlen wollen, wenn im selben System multinationale Unternehmungen wie Amazon, Google, Apple, u.a. aufgrund „geschickter“ Steuergestaltungen Abgaben in Milliardenhöhe ersparen und die Politik diese Vorgänge nicht in den Griff bekommt? Auf der politischen Ebene ist dieser Vertrauensverlust mit einem Anstieg des Nicht-Wählerpotentials verbunden. Dabei öffnen sich aber auch große Möglichkeiten für populistische und nationalistische Strömungen, welche immer eine Gefährdung der parlamentarischen Demokratie darstellen. Gelingt es auf politischer Ebene nicht, diesem enormen Einfluss der (stark gewachsenen und hoch konzentrierten) privaten Vermögen gegenzusteuern, werden die politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Regierungen weiter abnehmen. Damit ist früher oder später aber auch die Existenz einer Demokratie gefährdet. Die beiden US-amerikanischen Ökonomen Burtless und Jencks (2003) schrieben dazu bereits vor 10 Jahren:

Anstieg der Nicht-WählerInnen

Gefahr für Demokratie

“We worry most about the possibility that changes in the distribution of income lead to changes in the distribution of political power both because such a change can undermine the legitimacy of the political system and because it can make the increase in economic inequality irreversible.”

Nur die Verstärkung des öffentlichen Diskurses, die Offenlegung der entsprechenden Daten sowie verstärkte Transparenz und Kontrolle auf diesem Gebiet können auf politischer Seite eine entsprechende Gegensteuerung ermöglichen.

Verstärkung öffentlicher Diskurs

Anmerkungen

1. Die Zeit v. 24.10.2013
2. Der Standard v. 18.10.2013, <http://derstandard.at/1381369103695/Boehler-Banker-haben-sich-persoendlich-bereichert>
3. DerStandard v. 18.3.2011, Interview mit Strafverteidiger Richard Soyer. <http://derstandard.at/1297820828554/STANDARD-Interview-Jeder-kann-jederzeit-Beschuldigter-werden>
4. www.taxjustice.net/
5. Die Zeit v. 24.10.2013
6. Die Bank erwirtschaftete diesen Gewinn bei einem Umsatz von lediglich 97 Mrd. USD.

Literatur

- Alvaredo F., Atkinson A. B., Piketty Th. and Saez E. (2013); The Top 1 Percent in International and Historical Perspective, Journal of Economic

- Perspectives: Vol. 27 (3), 3-20
- Andreasch, M., Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2012), Sozialbericht 2011-2012, Kap. 13, 247-265. http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/7/2/CH2171/CMS1353079209699/abschnitt_13.pdf
- Atkinson, A. (2006): Concentration among the Rich, UNU-WIDER, Research Paper No. 151. http://www.wider.unu.edu/publications/working-papers/research-papers/2006/en_GB/rp2006-151/
- Atkinson, A., Piketty, T., Saez, E. (2011): Top Incomes in the Long Run of History. In: Journal of Economic Literature 49 (1), 3-71
- Bach, St. (2012): Vermögensabgaben – ein Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen in Europa. In: DIW Wochenbericht 28, 3-11
- Bonesmo Fredriksen, K. (2012): Less Income Inequality and More Growth – Are they Compatible? Part 6. The Distribution of Wealth, OECD Economics Department Working Papers, No. 929, OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/5k9h28t0bznr-en>
- Burtless, G., Jencks, C. (2003): American Inequality and Its Consequences. Agenda for the Nation. H. J. Aaron, J. M. Lindsay and P. S. Nivola, Brookings Institution Press: 61-108
- Corak, M. (2013): Income Inequality, Equality of Opportunity, and Intergenerational Mobility, Journal of Economic Perspectives, 27 (3), S. 79-102
- Davis, J. (2009): Wealth and Economic Inequality. In: Salverda, W., Nolan, B. and Smeeding, T. M. (2009): The Oxford Handbook of Economic Inequality, Chap. 6, 127-149
- DerStandard v. 18.3.2011; Interview mit Strafverteidiger Richard Soyer. <http://derstandard.at/1297820828554/STANDARD-Interview-Jeder-kann-jederzeit-Beschuldigter-werden>
- DerStandard v. 18.10.2013; Interview mit Christian Böhler. <http://derstandard.at/1381369103695/Boehler-Banker-haben-sich-persoendlich-bereichert>
- Deutsche Bundesbank (2013): Private Haushalte und ihre Finanzen – Ergebnisse der Panelstudie zu Vermögensstruktur und Vermögensverteilung. Tabellenanhang zur Pressenotiz PHF 2010/2011 – Datenstand: 2/2013. http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/Publikationen/2013_03_21_phf_tabellen.pdf?__blob=publicationFile
- Die Zeit v. 24.10.2013: Späte Abrechnung. <http://www.zeit.de/2013/44/hypothekengeschaeft-jp-morgan-chase>
- ECB (European Central Bank) (2013): The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey – Results from the first wave Eurosystem Household Finance and Consumption Network. <http://www.ecb.int/pub/pdf/other/ecbsp2en.pdf?7071d4cb2e5087b19092c4aea89ccfa5>
- Ferguson, Th. (1995): Golden Rule: The Investment Theory of Party Competition and the Logic of Money-Driven Political Systems, University of Chicago Press, Chicago and London
- Fessler, P., Mooslechner, P., Schürz, M. (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010, Erste Ergebnisse für Österreich. In: Geldpolitik und Wirtschaft, (3), 25-67
- Heckman, J. (2013): The Economics and Econometrics of Human Development, Vortrag an der Wirtschaftsuniversität Wien am 16. Oktober 2013. http://www.wu.ac.at/wuw/start/james_heckman.pdf
- Henry, J. S. (2012): The Price of Offshore Revisited – New Estimates for “Missing” Global Private Wealth, Income, Inequality, and Lost Taxes. Tax Justice Network, July 2012. http://www.taxjustice.net/cms/front_content.php?idcat=148
- International Monetary Fund (IMF) (2013): Fiscal Monitor – Taxing Times,

- October 2013, Washington
- Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (2011): Lobbyismus in Europa, Info-Brief EU & International, Sonderausgabe 3a, Wien
- Krugman, P. (2011): Oligarchy, American Style, New York Times, November 3, 2011. http://www.nytimes.com/2011/11/04/opinion/oligarchy-american-style.html?_r=0
- Marx, K. und Engels, F. (1968): MEW-Band 23, „Das Kapital“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin/DDR.
- Meade, J. E. (1964): Efficiency, Equality and the Ownership of Property. London: Allen and Unwin.
- Meade, J. E. (1976): The Just Economy. London: Allen and Unwin.
- Mill, J. St. (1852): The Collected Works of John Stuart Mill, Volume V – Essays on Economics and Society Part II, ed. John M. Robson, Introduction by Lord Robbins (Toronto: University of Toronto Press, London: Routledge and Kegan Paul, 1967). Chapter: THE INCOME AND PROPERTY TAX 1852 <http://oll.libertyfund.org/title/232/16708> on 2013-03-28
- OECD (2011A): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising, OECD Publishing, Paris
- OECD (2011B): The Causes of Growing Inequality in OECD Countries, OECD Publishing, Paris
- Piketty, Th. and Zucman, G. (2013): Capital is Back: Wealth-Income Ratios in Rich Countries 1700–2010, Paris School of Economics, Working Paper. <http://piketty.pse.ens.fr/files/PikettyZucman2013WP.pdf>
- Rothschild, K. W. (1973 [2008]): Macht: Die Lücke in der Preistheorie. In: Schneider, H. K. und Watrin, C. (Eds.): Macht und ökonomisches Gesetz. Berlin. Wiederabdruck in: Held, M., Kubon-Gilke, G. und Sturn, R. (Hg.): (2008): Jahrbuch normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Jahrbuch 7, Macht in der Ökonomie, Metropolis-Verlag, Marburg, 15-32
- Rothschild, K.W. (2002): The absence of power in contemporary economic theory. In: The Journal of Socio-Economics, 31, 433-442
- Rothschild, K.W. (2005): New worlds – New approaches. A note on future research strategies, in: Kyklos, 58(3), 439 – 447
- Schratzenstaller, M. (2011): Steuern auf Vermögen und Vermögenserträge: Probleme und Gestaltungsmöglichkeiten für Österreich. Wirtschaft und Gesellschaft, 37 (3), 403-434
- Schratzenstaller, M. (2013); Besteuerung höherer Einkommen und Vermögen: Internationale Entwicklungstendenzen, Möglichkeiten und Grenzen, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 82 (1), 13-34
- Smith, A. (1776) (2009): Der Wohlstand der Nationen, München 2009
- Soyer, R. (2013): Gerechtigkeit – Absprachen – Korruption, Journal für Strafrecht 2013, 37, Heft 1, <http://www.lexisnexis.com/at/recht/results/pubTreeViewDoc.do?nodeId=TAABAACaAQ&pubTreeViewWidth=23%25>
- Stiglitz, J. (2012A): The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future, W.W. Norton & Company, New York, London
- Stiglitz, J. (2012B): The Price of Inequality: Interview With Joseph E. Stiglitz <http://www.rollingstone.com/politics/blogs/national-affairs/the-price-of-inequality-interview-with-joseph-e-stiglitz-20120625>
- Tax Justice Network, www.taxjustice.net/
- Tax Justice Network (2013); Financial Secrecy Index, <http://www.financialsecrecyindex.com/>

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinandergesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

- Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)
- Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@isw-linz.at
Internet: www.isw-linz.at